EUFIS - Newsletter

September 2021

Inhalt

- Ausschreibungen 4
  - Binnenmarktprogramm: Initiative für bezahlbares Wohnen 4
- Öffentliche Konsultationen 5
  - Bewertung der Opferschutzrichtlinie 5
- EU-Politik 6
  - Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union: 6
  - NextGenerationEU: vierte Anleiheemission 7
  - Eurobarometer-Umfrage: Optimismus für die Zukunft der EU hoch 7
  - Kommission veröffentlicht Überblick über Erfolge des vergangenen Jahres 8
  - Strategische EU-Vorausschau 2021 9
  - NextGenerationEU: Emission grüner Anleihen 9
  - Coronavirus: Einigung EU und AstraZeneca 10
  - EU-Wettbewerb für junge Übersetzer*innen 10
  - Sachsen erhält weitere 16 Mio. Euro aus dem EU-Aufbaufonds REACT-EU 11
  - Europäisches Jahr der Schiene 11
  - Coronavirus: 70 % der erwachsenen EU-Bevölkerung vollständig geimpft 12
  - REACT-EU: 130 Mio. Euro für Hessen und Sachsen-Anhalt 12

NextGenerationEU: 2,25 Mrd. Euro als Vorfinanzierung an Deutschland 13

Corona-Krise: EU stellt zusätzliche humanitäre Hilfe bereit 14

Erdbeben in Haiti: EU mobilisiert weitere Nothilfe 14

Coronavirus: 13 europäische Länder leisten dringende Hilfe für Tunesien 15

Veranstaltungen 16

„DURCH VERÄNDERUNG VERPFLICHTET! Die Zukunft der Bürgererziehung in Europa neu denken"..... 16

Europäische Konferenz zur Digitalpolitik 2022..... 16

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:
Für die Bank für Sozialwirtschaft:
BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,
Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778
E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.:
Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,
E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe September 2021 ist der 15.09.2021.

Ausschreibungen

Binnenmarktprogramm: Initiative für bezahlbares Wohnen

Im Rahmen des Binnenmarktprogramms hat die Europäische Kommission einen Aufruf für die „Initiative für bezahlbares Wohnen“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **20.10.2021**.

Die Aufforderung zielt darauf ab, lokale Industrie-partnerschaften zu unterstützen, Kapazitäten aufzubauen und zu vernetzen, mit dem Ziel, 100 Leuchtturm - Renovierungsbezirke im Rahmen der Initiative für bezahlbares Wohnen zu testen.

Um dies zu erreichen, wird im Rahmen der Aufforderung ein Europäisches Konsortium für bezahlbaren Wohnraum gegründet, um KMU, einschließlich Sozialunternehmen, bei der Zusammenarbeit mit öffentlichen Behörden und (Sozial-)Wohnungsanbietern zu unterstützen, um Projekte durchzuführen, die auf die Renovierung von sozialem und bezahlbarem Wohnraum abzielen. Insbesondere sollen der Technologiebedarf sowie die Technologieentwicklungen ermittelt werden.

Um förderfähig zu sein, müssen die Antragsteller u. a. juristische Personen sein, die ein Konsortium bilden:

- gemeinnützige Organisationen (privat oder öffentlich);
- Behörden (national, regional, lokal);
- Universitäten oder Bildungseinrichtungen;
- internationale Organisationen;
- Nichtregierungsorganisationen;
- Europäische Dachorganisationen;
- Organisationen zur Unterstützung von Unternehmen;
- Forschungszentren;
- gewinnbringende Unternehmen.

Darüber hinaus muss jeder Begünstigte über Mitglieder verfügen, die in mindestens 18 verschiedenen förderfähigen Ländern ansässig sind und/oder diese vertreten.

Insgesamt stehen für diesen Aufruf 1,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie hier.

Öffentliche Konsultationen

Bewertung der Opferschutzrichtlinie

Mit dieser Konsultation möchte die Europäische Kommission die Meinung der Öffentlichkeit zur Bewertung der Opferschutzrichtlinie einholen.

Die Opferschutzrichtlinie ist das wichtigste Instrument auf EU-Ebene, das für alle Opfer sämtlicher Straftaten gilt. Sie legt eine Reihe von Rechten für die Opfer von Straftaten und entsprechende Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten fest.

Die Opferschutzrichtlinie wurde 2012 angenommen und trat 2015 in den Mitgliedstaaten in Kraft. Diese Bewertung ist nach fünfjähriger Anwendung der Richtlinie eine der Schlüsselmaßnahmen, die die Kommission in der EU-Strategie für die Rechte von Opfern (2020-2025) dargelegt hat.

Die Kommission bittet um Beiträge eines möglichst breiten Spektrums von Interessenträgern, einschließlich nationaler Behörden, Nichtregierungsorganisationen, Opferschutz-organisationen und einzelner Bürger*innen, insbesondere Opfern von Straftaten.

Die Frist für Rückmeldungen endet am **25.10.2021**.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12727-Unterstutzung-von-Opfern-von-Straftaten-Evaluierung-der-Opferschutzrichtlinie/public-consultation_de

EU-Politik

Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union:

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 15.09.2021 in ihrer Rede zur Lage der Union die Erfolge betont, die Europa während der Corona-Pandemie gemeinsam erreicht hat. „Wenn ich heute auf dieses vergangene Jahr zurückblicke, wenn ich die Lage der Union heute betrachte, dann finde ich in allem, was wir tun, eine Seele."

So habe Europa gemeinsam dafür gesorgt, dass der lebensrettende Impfstoff in jeden Teil Europas gelangen konnte, in Reaktion auf die globale Wirtschaftskrise wurde NextGenerationEU auf den Weg gebracht und zum Kampf gegen den Klimawandel der European Green Deal vereinbart.

Mit Blick auf das kommende Jahr kündigte die Kommissionspräsidentin eine Reihe neuer Initiativen an, darunter ein europäisches Chips-Gesetz, ein Gesetz zur Cyber-Widerstandsfähigkeit sowie eine neue Konnektivitätsstrategie namens Global Gateway.

Um den Klimaschutz weiter voranzubringen, wird die EU ihre Finanzierungen für die biologische Vielfalt verdoppeln.

Damit jeder auf die bestmögliche Pflege zurückgreifen und die bestmögliche Balance zwischen Familie und Beruf finden kann, wird die Kommission eine neue europäische Strategie für Pflege und Betreuung vorschlagen.

Ein neues Programm namens ALMA soll diejenigen unterstützen, „die durchs Netz gefallen sind. Diejenigen, die keine Arbeit haben. Diejenigen, die weder zur Schule gehen noch eine Berufsausbildung absolvieren." Zudem schlägt die Kommissionspräsidentin vor, 2022 zum Jahr der europäischen Jugend zu erklären.

Mit Blick auf die europäische Migrationspolitik verwies von der Leyen auf „quälend langsame Fortschritte" bei den Verhandlungen über das neue Migrations- und Asylpaket.

Beim Thema Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erinnerte die Kommissionspräsidentin an die Werte, die die Freiheitskämpfer einten, die vor mehr als 30 Jahren den Eisernen Vorhang niederrissen.

Bei der Verteidigung von Werten gehe es auch darum die Freiheit zu verteidigen, so von der Leyen. Vor allem Frauen seien während der Pandemie dieser Freiheit beraubt worden.

Weitere Informationen: Vollständige Rede zur Lage der Union 2021 , https://ec.europa.eu/germany/news/20210915-von-der-leyen-zur-lage-der-union_de

NextGenerationEU: vierte Anleiheemission

Die Europäische Kommission hat am 14.09.2021 im Rahmen der Emission der vierten NextGenerationEU-Anleihe seit Beginn des Programms Mitte Juni weitere 9 Mrd. Euro mobilisiert, mit denen die Erholung Europas von der Coronavirus-Krise und ihren Folgen unterstützt werden soll.

Die Europäische Kommission hat eine Anleihe mit siebenjähriger Laufzeit ausgegeben, die am 04.10.2028 fällig ist. Die Anleihe war erheblich überzeichnet, d. h. um mehr als das elffache, mit Orderbüchern von über 103 Mrd. Euro.

Die starke Nachfrage bestätigt das anhaltende Interesse der Anleger*innen an EU-Wertpapieren, das es der Kommission ermöglichte, die Anleihen zu sehr günstigen Konditionen zu begeben, die voll und ganz mit der bemerkenswerten Performance von NextGenerationEU in Einklang stehen.

Nach der heutigen Transaktion hat die Kommission bisher insgesamt 54 Mrd. Euro im Rahmen von NextGenerationEU mobilisiert.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4707

Eurobarometer-Umfrage: Optimismus für die Zukunft der EU hoch

Laut den Ergebnissen der Befragungen von Juni und Juli bleibt die Einstellung gegenüber der EU weitgehend konstant und positiv.

Der Optimismus für die Zukunft der EU ist so hoch wie seit 2009 nicht mehr und das Vertrauen in die EU verzeichnet die besten Werte seit 2008. Die Unterstützung für den Euro ist stabil und befindet sich auf dem höchsten Stand seit 2004.

Die Umfrage lässt auch eine deutlich verbesserte Wahrnehmung des Zustands der Wirtschaftslage in den einzelnen Ländern erkennen.

Die Bürger*innen Europas nennen die wirtschaftliche Lage als ihr Hauptanliegen auf EU-Ebene, gefolgt von Umwelt und Klimawandel und Zuwanderung. Gesundheit ist nach wie vor das bestimmende Thema auf nationaler Ebene, knapp vor der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Landes.

Die Mehrheit der Menschen in Europa ist zufrieden mit den Maßnahmen, die die EU und die nationalen Regierungen gegen die Coronavirus-Pandemie ergriffen haben, und ist der Ansicht, dass der Aufbauplan „NextGenerationEU“ sich als wirksam gegen die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie erweisen wird. Fast zwei Drittel vertrauen darauf, dass die EU künftig die richtigen Entscheidungen im Umgang mit der Pandemie treffen wird.

Weitere Informationen:
https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2532,
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4610

Kommission veröffentlicht Überblick über Erfolge des vergangenen Jahres

Am 15.09.2021 hält Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre jährliche Rede zur Lage der Union. Am 10.09.2021 hat die Kommission einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen und Erfolge im vergangenen Jahr veröffentlicht.

Die Broschüre beschreibt u. a. die Reaktion der EU auf die COVID-19-Pandemie, darunter die gemeinsame EU-Impfstoffstrategie und den europäischen Aufbauplan NextGenerationEU. Die Veröffentlichung enthält zudem einen Kalender mit den wichtigsten Ereignissen und Entwicklungen seit September 2020.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/germany/news/20210910-soteu-ueberblick-erfolge_de

Strategische EU-Vorausschau 2021

Die Kommission hat am 08.09.2021 ihre zweite jährliche strategische Vorausschau – „Die Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit der EU“ – angenommen. In dieser Mitteilung wird eine zukunftsorientierte und multidisziplinäre Perspektive zur offenen strategischen Autonomie der EU in einer zunehmend multipolaren und umstrittenen Weltordnung dargelegt.

Die Kommission hat vier globale Haupttrends herausgefiltert, die Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit der EU haben: Klimawandel und andere ökologische Herausforderungen; digitale Hyperkonnektivität und technologischer Wandel; Druck auf Demokratie und Werte und weltpolitische Verschiebungen und Demografie.

Ferner wurden zehn Hauptaktionsbereiche festgelegt, in denen die EU Chancen für ihre weltweite Führungsrolle und ihre offene strategische Autonomie nutzen kann. Damit wird die strategische Vorausschau weiterhin in die Arbeitsprogramme und Prioritätensetzung der Kommission einfließen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4581

NextGenerationEU: Emission grüner Anleihen

Die Europäische Kommission hat am 07.09.2021 einen von unabhängiger Seite bewerteten Rahmen für grüne Anleihen angenommen und damit einen weiteren Fortschritt auf dem Weg zur Emission grüner Anleihen im Umfang von bis zu 250 Mrd. Euro bzw. 30 % des gesamten Emissionsvolumens von NextGenerationEU (NGEU) erzielt. Der Rahmen bietet Investor*innen in diese Anleihen die Gewissheit, dass die aufgebrachten Mittel in grüne Projekte fließen und dass die Kommission über deren Umweltauswirkungen Bericht erstattet.
Da der Rahmen nun angenommen ist, wird die Kommission bald dazu übergehen, im Oktober erste grüne Anleihen auszugeben, wenn die Marktbedingungen geeignet sind. Nach der Veröffentlichung des Rahmens steht die Einführung grüner NGEU-Anleihen unmittelbar bevor. Die erste Emission ist bereits für Oktober 2021 als syndizierte Emission geplant.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4565

Coronavirus: Einigung EU und AstraZeneca

Die EU und AstraZeneca haben am 03.09.2021 eine Einigung erzielt, mit der die Auslieferung der übrigen COVID-19-Impfstoffdosen im Rahmen der am 27.08.2020 mit AstraZeneca geschlossenen Abnahmegarantie an die Mitgliedstaaten gewährleistet wird. Damit wird auch das vor dem Brüsseler Gericht erster Instanz anhängige Gerichtsverfahren beendet.

In dieser Vergleichsvereinbarung sagt AstraZeneca fest zu, über die bis Ende des zweiten Quartals gelieferten rund 100 Mio. Dosen hinaus bis Ende 2021 weitere 135 Mio. Dosen (60 Mio. Dosen bis Ende des dritten Quartals und 75 Mio. Dosen bis Ende des vierten Quartals) und die verbleibenden Dosen (65 Mio.) bis Ende März 2022 zu liefern, sodass sich die Gesamtzahl der vertragsgemäß auszuliefernden Dosen auf 300 Mio. erhöht.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4561

EU-Wettbewerb für junge Übersetzer*innen

Sekundarschulen in allen EU-Ländern können sich jetzt für *Juvenes Translatores*, den jährlichen Übersetzungswettbewerb der Europäischen Kommission, bewerben. Ab dem 02.09.2021 können sich Schulen im Internet anmelden, damit ihre Schüler*innen mit Gleichaltrigen in der gesamten EU wetteifern können.

Dieses Jahr lautet das Thema der Texte, die die Jugendlichen übersetzen sollen: „Los geht‘s – in eine grünere Zukunft!“ („Let's get on track – towards a greener future“).

Die Teilnehmenden können beliebig aus einer der 24 EU-Amtssprachen in eine andere übersetzen. Die Anmeldung für Schulen – der erste Schritt des zweistufigen Verfahrens – ist bis zum **20.10.2021** möglich. Lehrkräfte können die Anmeldung in jeder der 24 EU-Amtssprachen vornehmen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4444

Sachsen erhält weitere 16 Mio. Euro aus dem EU-Aufbaufonds REACT-EU

Mit mehr als 685 Mio. Euro unterstützt die EU in Deutschland, Polen und Spanien Arbeitssuchende und Arbeitnehmer*innen in von der Pandemie besonders betroffenen Branchen.

In Deutschland erhält Sachsen über den Europäischen Sozialfonds (ESF) zusätzliche 16 Mio. Euro, um die Berufsausbildung, die außerschulische Bildung sowie berufliche Wiedereingliederungsmaßnahmen zu stärken. Durch eine gezielte Personalentwicklung in den Bereichen Forschung und strategisches Innovationsmanagement soll der Wandel kleiner Unternehmen hin zu einer grünen und digitalen Zukunft unterstützt werden.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/germany/news/20210902-sachsen-erhaelt-weitere-unterstuetzung-react-eu_de

Europäisches Jahr der Schiene

Der zur Feier des Europäischen Jahres der Schiene 2021 eingesetzte Sonderzug „Connecting Europe Express“ ging am 02.09.2021 vom Lissaboner Bahnhof aus auf die Reise. Er wird auf seiner fünfwöchigen Fahrt in mehr als 100 kleineren und größeren Städten einen Zwischenstopp einlegen, bevor er am 07.10.2021 in Paris eintrifft. Ljubljana wird eine wichtige Station auf der Fahrt des Zuges von Lissabon nach Paris sein und so ein Band zwischen dem portugiesischen, dem slowenischen und dem französischen Vorsitz des Rates der EU geknüpft.

Entlang der gesamten Route sind Veranstaltungen geplant, um den Zug in Bahnhöfen überall in Europa zu begrüßen. Eisenbahnfans können auch an Bord des Zuges geführte Debatten sowie Konferenzen über die Infrastrukturpolitik der EU und die Rolle des transeuropäischen Verkehrsnetzes TEN-T verfolgen, die über die Veranstaltungswebsite als Livestream aus Lissabon, Bukarest, Berlin und Bettemburg übertragen werden.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4483

Coronavirus: 70 % der erwachsenen EU-Bevölkerung vollständig geimpft

Am 31.08.2021 hat die EU einen entscheidenden Meilenstein erreicht: 70 % der erwachsenen Bevölkerung sind inzwischen vollständig geimpft. Insgesamt haben inzwischen über 256 Mio. Erwachsene in der EU eine vollständige Impfung erhalten. Bereits vor sieben Wochen wurde das Ziel der Kommission vorzeitig erreicht, vor Ende Juli den Mitgliedstaaten ausreichende Impfstoffdosen bereitzustellen, damit 70 % der erwachsenen EU-Bevölkerung vollständig geimpft werden können.

Die schnelle und vollständige Impfung aller Zielgruppen – in Europa und weltweit – ist von entscheidender Bedeutung für die Eindämmung der Auswirkungen der Pandemie. Die EU war bei der multilateralen Reaktion führend. Sie hat die Hälfte der in Europa hergestellten Impfstoffe in andere Länder der Welt exportiert, die andere Hälfte wurde für ihre eigenen Bürger*innen bereitgestellt.

Team Europa hat fast 3 Mrd. Euro für die COVAX-Fazilität aufgebracht, um dazu beizutragen, mindestens 1,8 Mrd. Impfstoffdosen für 92 Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu sichern. Bislang wurden über die COVAX-Initiative mehr als 200 Mio. Impfstoffdosen in 138 Länder geliefert.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4362

REACT-EU: 130 Mio. Euro für Hessen und Sachsen-Anhalt

Über den Aufbaufonds REACT-EU erhält Hessen zusätzliche 55,4 Mio. Euro, die für gesundheitsbezogene Forschungs-infrastruktur, diagnostische Kapazitäten und Forschung und Entwicklung in den Bereichen Klima und nachhaltige Entwicklung verwendet werden. Außerdem sollen KMU und Start-ups über einen Investitionsfonds unterstützt werden.

Sachsen-Anhalt erhält zusätzliche 75,7 Mio. Euro, die für die Zusammenarbeit von KMU und Forschung sowie für Investitionen und Betriebskapital für Kleinstunternehmen verwendet werden, die besonders von der Corona-Krise betroffen sind.

Darüber hinaus werden die zusätzlichen Mittel Investitionen in die Energieeffizienz von Unternehmen, digitale Innovationen in KMU und die digitale Ausrüstung für Schulen und Kultureinrichtungen ermöglichen.

Insgesamt hat die Kommission am Freitag über REACT-EU mehr als 373 Mio. Euro für Belgien, Deutschland, Italien und Spanien genehmigt. Die zusätzlichen Mittel sollen die Länder bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie unterstützen und einen fairen, grünen und digitalen Aufschwung fördern.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/germany/news/20210830-aufbaufonds-react-eu-hessen-und-sachsen-anhalt_de

NextGenerationEU: 2,25 Mrd. Euro als Vorfinanzierung an Deutschland

Die Europäische Kommission hat am 26.08.2021 insgesamt 2,25 Mrd. Euro als Vorfinanzierung an Deutschland ausgezahlt und damit 9 % der Mittel, die das Land insgesamt aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) erhalten soll. Dies entspricht dem Vorfinanzierungsbetrag, den Deutschland in seinem Aufbau- und Resilienzplan beantragt hat. Mit der Vorfinanzierung können die wichtigen Investitions- und Reformvorhaben angestoßen werden, die Deutschland in seinem Aufbau- und Resilienzplan skizziert hat.

Weitere Auszahlungen wird die Kommission ausgehend davon genehmigen, wie die im deutschen Aufbau- und Resilienzplan vorgesehenen Investitionen und Reformen umgesetzt werden. Während der Laufzeit des Plans soll das Land insgesamt 25,6 Mrd. Euro erhalten, die in voller Höhe als Zuschüsse gezahlt werden.

Der heutigen Auszahlung vorausgegangen ist die erfolgreiche Auflage der ersten Anleihen im Rahmen von NextGenerationEU. Bis Jahresende will die Kommission mit langlaufenden Anleihen, die durch kurzlaufende EU-Bills ergänzt werden sollen, insgesamt bis zu 80 Mrd. Euro aufnehmen, um damit die ersten planmäßigen Auszahlungen an die Mitgliedstaaten im Rahmen von NextGenerationEU zu finanzieren.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4402

Corona-Krise: EU stellt zusätzliche humanitäre Hilfe bereit

Die EU wird 41 Mio. Euro zur Unterstützung von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen bereitstellen, die mit einer beispiellosen gesundheitlichen, humanitären und sozioökonomischen Krise konfrontiert sind, da die COVID-19-Pandemie weiter anhält und gleichzeitig ein Ungleichgewicht bei der Bereitstellung von Impfstoffen besteht.

Um den Ländern in Lateinamerika und der Karibik, im Nahen Osten und in Asien bei der Bewältigung der Pandemiefolgen beizustehen, hat die EU 31 Mio. Euro bereitgestellt. Damit sollen u. a. die Gesundheitsversorgung gefährdeter Bevölkerungsgruppen, der Umgang mit COVID-19-Fällen und die Stärkung der Resilienz der lokalen Gesundheitssysteme im Hinblick auf künftige Wellen unterstützt werden.

Darüber hinaus werden 10 Mio. Euro bereitgestellt, um das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) im Rahmen des „humanitären Puffers“ von COVAX bei der Bereitstellung von Impfstoffen für Kinder zu unterstützen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4281

Erdbeben in Haiti: EU mobilisiert weitere Nothilfe

Zusätzlich zu den 3 Mio. Euro humanitärer Nothilfe, die die EU nach dem Erdbeben in Haiti bereitgestellt hat, um den dringendsten Bedarf vor Ort zu decken, stellt die EU weitere Unterstützung bereit. Ein Team von zwölf Expert*innen und zwei Verbindungsbeamten des Notfall-Koordinationszentrums der EU sind nach Haiti gereist, um die Koordinierung der eingehenden EU-Hilfe zu unterstützen. Darüber hinaus beteiligen sich mehrere EU-Mitgliedstaaten an den Hilfsmaßnahmen.

Der Copernicus-Notfallsatellit der EU wurde ebenfalls aktiviert, um das Gebiet zu kartieren. Das EU-Koordinierungszentrum für Notfallmaßnahmen, das rund um die Uhr besetzt ist, bewertet die Lage ständig, um die Entwicklungen zu überwachen und die eingehende EU-Hilfe zu koordinieren.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/germany/news/20210819-eu-weitere-nothilfe-fuer-haiti_de

Coronavirus: 13 europäische Länder leisten dringende Hilfe für Tunesien

Um Tunesien bei der Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der besorgniserregenden Gesundheitslage im Land zu helfen, mobilisieren die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten weiterhin Soforthilfe über das Katastrophenschutzverfahren der Union.

Mehrere Staaten reagierten auf das Ersuchen Tunesiens, darunter Belgien, Deutschland, Frankreich, Kroatien, Lettland, Luxemburg, Malta, Norwegen, Österreich, Portugal, Rumänien, Spanien und Tschechien.

Fast 1,3 Mio. Impfdosen und 8 Mio. Gesichtsmasken wurden bereits zusammen mit Antigen-Tests, Beatmungsgeräten, Sauerstoffkonzentratoren, Krankenpflegebetten und anderen lebenswichtigen medizinischen Geräten geliefert.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4243

Veranstaltungen

„DURCH VERÄNDERUNG VERPFLICHTET! Die Zukunft der Bürgererziehung in Europa neu denken"

Am 28. und 29.10.2021 findet die internationale Hybrid-konferenz NECE 2021 in Brüssel sowie Online statt.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Konferenz stehen Fragen zur Zukunft der Bürgerschaft, der Demokratie und der Gesellschaft sowie die Rolle der Bürgererziehung. Wie kann Bildung neue Formen der Bürgerbeteiligung bieten? Wie setzt sich Bürgererziehung mit der fortschreitenden Digitalisierung und nachhaltigen Entwicklung auseinander?

Mit den aktuellen globalen Herausforderungen und Transformationen verlieren alte Paradigmen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an Bedeutung. Soziale Ungleichheit, öffentliches Leben und Machtungleichgewichte nehmen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu. Wie kann staatsbürgerliche Bildung eine Agenda setzen und sich auf die Zukunft vorbereiten, wenn man weiß, dass die nächste Krise kommt?

Weitere Informationen:
https://www.nece.eu/conference/programme/

Europäische Konferenz zur Digitalpolitik 2022

Der Verband DIGITALEUROPE veranstaltet am 03.02.2022 den „Masters of Digital 2022“ - Gipfel. Europas größte Konferenz zur Digitalpolitik findet in einem hybriden Format statt, sowohl virtuell als auch in Brüssel statt.

Auf Europas führender Konferenz zur Digitalpolitik sollen u. a. folgende Fragen behandelt werden:

- Welche Rolle spielt KI (künstliche Intelligenz) bei der Transformation unserer Geschäftsabläufe?
- Wie können wir Daten nutzen, um unser Leben zu verbessern?
- Wie können wir sicherstellen, dass die digitale Welt vor Cyberbedrohungen geschützt ist?
- Was muss getan werden, um die grüne technologische Revolution auszulösen?
- Wie können wir mit unseren internationalen Top-Partnern grenzübergreifende Lösungen finden?

Weitere Informationen finden Sie hier.